Für ein ökologisches und soziales Leimental!

Generalversammlung: 03. Juni 2025



"Es ist ganz wahr, was die Philosophie sagt, dass das Leben rückwärts verstanden werden

Aber darüber vergisst man den anderen Satz, dass es vorwärts gelebt werden muss."

Søren Kierkegaard, Tagebücher 1843 aus Timothy Gordon Ash: EUROPA

Fokus Europa zur Präsentation klicken

Thomas Reinhardt

Was auf

Organisation & Gesundheit

treinhardt@corvus-opera.ch

Bertolt Brecht: An die Nachgeborenen

Wirklich, ich lebe in finsteren Zeiten!
Das arglose Wort ist töricht. Eine glatte Stirn
Deutet auf Unempfindlichkeit hin. Der Lachende
Hat die furchtbare Nachricht
Nur noch nicht empfangen.

Was sind das für Zeiten, wo Ein Gespräch über Bäume fast ein Verbrechen ist. Weil es ein Schweigen über so viele Untaten einschließt! Der dort ruhig über die Straße geht Ist wohl nicht mehr erreichbar für seine Freunde Die in Not sind?

Man sagt mir: iss und trink du! Sei froh, dass du hast! Aber wie kann ich essen und trinken, wenn Ich dem Hungernden entreiße, was ich esse, und Mein Glas Wasser einem Verdurstenden fehlt? Und doch esse und trinke ich. "Es ist ganz wahr, was die Philosophie sagt, dass das Leben rückwärts verstanden werden muss.

Aber darüber vergisst man den anderen Satz, dass es vorwärts gelebt werden muss."

Søren Kierkegaard, Tagebücher 1843 aus Timothy Gordon Ash: EUROPA

FAKTENCHECK ERWÜNSCHT:

Was auf dem
Spiel
steht



Die Grünen und Europa



39% der Grünen haben keine Meinung

Sprechen wir darüber

- Bilaterale 3: Was steckt dahinter?
- Wie die SVP & Konsorten den Diskurs okkupieren:
 Abstimmungen der letzten Jahre und kommende
- Herausforderungen BS & BL: Zämme in Europa
- Konkret: z.B. Stromabkommen
- Dialog



Bilaterale III

https://www.srf.ch/play/tv/-/video/-?urn=urn:srf:video:517c4cda-d664-4583-a5f8-dd5faf4dac5c

Themen:

- Bilaterale III sollen den Weg für potenziell neue Abkommen ermöglichen & bereits bestehende fortführen. Es handelt sich um einen politischen Begriff, nicht um einen fertigen Vertrag:
 - Zusammenhang mit dem gescheiterten Rahmenabkommen, wie z.B. Rechtsübernahme, Rolle des EuGH
 - Stromabkommen: Intergration der Schweiz in den europäischen Binnenmarkt
 - Zusammenarbeit im Bereich Gesundheit, z.B. "EU4Health"
 - Forschung: Wiederherstellung der vollen Assoziierung der Schweiz an EU-Forschungsprogramme (Horizon Europe, Copernikus) und die Teilnahme an europäischen Bildungsprogrammen, wie z.B. Erasmus
 - Sozialversicherungen: Koordination der Systeme
 - Lebensmittelsicherheit

Verpflichtung zur Zahlung sogenannter Kohäsionsbeiträge (jährlich 130 Millionen und ab 2030 jährlich 350 Millionen)



Bilaterale III und die Umsetzung in der CH

Zeitschiene:

- 2021: Das institutionelle Rahmenabkommen der Schweiz mit der EU scheitert
- März 2024: Abschluss der Sondierungsgespräche
- 20.12.2024: Abschluss der Verhandlungen
- 01.01.2025: Schweizer Forschende können wieder ohne Einschränkungen an europäischen Programmen teilnehmen (BR beantragte Nachtragskredit in Höhe von 666 Millionen Franken
- 21. März 2025: Lohnschutz: Bundesrat verabschiedet Massnahmenpaket zur Sicherung des Lohnschutzes
- Vierzehn Massnahmen sollen in die Vernehmlassungsvorlage für das Gesamtpaket mit der EU aufgenommen werden. Auf 13 dieser Massnahmen haben sich die Sozialpartner und die Kantone verständigt. Der Bundesrat schlägt eine weitere Massnahme als Teil des Gesamtpakets vor.

https://www.eda.admin.ch/europa/de/home/aktuell/medienmitteilungen.html/content/europa/

de/meta/news/2025/3/21/104603.html

- 30.04.2025: Entscheid des Bundesrats: Fakultatives Referendum
- Volksabstimmung: Voraussichtlich 2028

Neue Schutzklausel die disktuiert wird, ist ein Kompromiss: Anerkennung der Personenfreizügigkeit und "Feuerlöscher an der Wand" (Beat Jans)



30. April 2025

Bilaterale III − Die Verfassung

Europa, Gesellschaft,
Medienmitteilungen

Sibel Arslan zur Ankündigung des Bundesrats, die Bilateralen Verträge dem





 \times

X

0

«Die GRÜNEN begrüssen den bundesrätlichen Entscheid für ein fakultatives Referendum: Die Verfassung ist eindeutig – ein obligatorisches Referendum ist hier nicht vorgesehen. Es ist gut, dass sich der Bundesrat dem rechtspopulistischen Angriff der SVP auf den Rechtsstaat entgegenstellt.»

Sibel Arslan, Nationalrätin BS

Heute hat der Bundesrat endlich entschieden, die neuen Bilateralen Verträge mit der EU dem fakultativen Referendum zu unterstellen. Genau so ist dies auch in der Verfassung vorgesehen. Die GRÜNEN begrüssen diesen Entscheid, sich nicht den rechtspopulistischen Angriffen der SVP auf den Rechtsstaat zu beugen.



15. Januar 2022 Europa, Gesellschaft,

Resolution

0

europapolitischen Befreiungsschlag

Es ist Zeit für den

Resolution der GRÜNEN zur Europapolitik

Schluss mit der Arbeitsverweigerung: Zurück an den Verhandlungstisch!

Nach dem unnötigen Abbruch der Verhandlungen für ein Rahmenabkommen durch den Bundesrat steckt die Schweizer Europapolitik in einer Sackgasse fest. Die Konsequenzen dieses Fehlentscheids sind zunehmend sichtbar: Schweizer Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Studierende sind aus wichtigen Teilen der europäischen Forschungs- und Mobilitätsprogramme ausgeschlossen. Die fehlende Anerkennung von Medizinprodukten beeinträchtigt auch die Versorgungssicherheit und die Marktüberwachung. Und neue Zusammenarbeitsabkommen, z.B. eine Beteiligung der Schweiz am Europäischen Green Deal als wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Klima- und Biodiversitätskrise, sind in weite Ferne gerückt.

Aus Angst vor einer Zerreissprobe betreibt der Bundesrat in der Europapolitik weiterhin Zeitverzögerung und verschliesst die Augen vor den tatsächlichen Problemen: Ohne Lösung der institutionellen Fragen können weder bestehende Abkommen aktualisiert noch neue abgeschlossen werden. Der Abbruch der Verhandlungen für ein Rahmenabkommen hat den bilateralen Weg grundsätzlich in Frage gestellt. Und er ermöglichte es dem Bundesrat in der wichtigen Debatte um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die Schuld auf die Personenfreizügigkeit abzuschieben – statt im Inland griffige Lösungen zu finden. Während sich der Bundesrat mit dem Kauf neuer Kampfjets sowie dem Ausbau von Freihandel derweil den USA oder China zuwendet, bleibt er uns eine zukunftsfähige Europapolitik weiterhin schuldig. Damit fügt er der Schweiz und ihrer Reputation erheblichen Schaden zu.

Was wäre, wenn die Abkommen scheitern?

Grenzregion Ausland - Personal

Das USB ohne ausländische Mitarbeitenden



Das USB mit ausländischen Mitarbeitenden



Wie die SVP & Konsorten den Diskurs okkupieren



Schweizer Grenzsoldaten markieren im September 1944 am Grenzübergang Boncourt das schweizerische Hoheitsgebiet.

Rückblick - Wie die SVP mit Volksabstimmungen das Klima bestimmt

Danke an Martin Stohler & Andreas Gross aus "Freiheit und Menschenrechte", editions le doubs, 2018

- Juni 2008: "Für demokratische Einbürgerungen": Einbürgerung ohne rechtsstaatliche Garantien. Volk: 63,8% Nein
- November 2009: "Gegen den Bau von Minaretten": Widerspruch zu den Grundrechten und der EMRK. Volk: Angenommen, 65%Ja
- November 2010: "Für die Ausschaffung krimineller Ausländer" : Angenommen, Volk: 52,3% JA
- Volkswahl des Bundesrats 2013: Abgelehnt, Volk 76,3 % Nein
- Gegen Masseneinwanderung 2014: Angenommen, Volk 50,3% Ja
- Durchsetzungsinitiative 2016: Abgelehnt, Volk 58,9% Nein
- Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren (Abschaffung der Billag-Gebühren) 2018:
 Ablehnung, Volk 71,6% Nein
- Selbstbestimmungsinitiative ("keine fremden Richter") 2018: Abgelehnt, Volk 66,3%
- Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative) 2018: Abgelehnt, Volk 61,7 %
- Ja zum Verhüllungsverbot 2021: Angenommen 51,2%

Was uns bevorsteht

- Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz»: "Nachhaltigkeitsinitiative": 21. März 2025 Bundesrat empfiehlt Ablehnung. Volksabstimmung voraussichtlich 2026
- Referendum gegen das neue EU-Abkommen (Bilaterale III): Referendum gegen «Unterwerfungsvertrag» geplant: Abstimmung 2027/28
- Kampagne der Jungen SVP für ein obligatorisches Referendum
- Geplante «Grenzschutz-Initiative»: Asylkontingent: 5000 / Jahr (Zeitplan noch offen)

&

• "Kompass-Initiative": "Für eine direktdemokratische und wettbewerbsfähige Schweiz – keine EU-Passivmitgliedschaft":

Diese wurde von ein em überparteilichen Komitee lanciert. Einige FDP Leuter sind dabei. Sie gibt sich formal unabhängig von der SVP, jedoch gibt es Überschneidungen: z.B.: Thomas Matter, Vizepräsi findet das eine "Super-Sache" und die Thurgauer SVP-Nationalrätin Diana Gutjahr sitzt im Initiativkomitee.

Ziel dieser Initiative: völkerrechtliche Verträge, die eine Übernahme rechtlicher Bestimmungen vorsehen, sollen einem obligatorischen Referendum unterstellt werden. (Volk muss automatisch abstimmen & es braucht ein Volks- und Ständemehr)



Eine Antwort: "Zämme in Europa"

Hintergrund:

- WILLKOMMEN ÜBER UNS NEWS VERANSTALTUNGEN WERBUNG

 WILLKOMMEN ÜBER UNS NEWS VERANSTALTUNGEN WERBUNG

 Basler Regierung unterstützt «Zämme in Europa»—Initiative

 By Basler

 FIE 28, 2025

 Die Regierung des Kantons Basel-Stadt hat offiziell ihre Unterstützung für die Initiative -Zämme in Europa- bekannt gegeben. Dieses Projekt zielt darauf ab., die Zusammenarbeit zwischen Basel und seinen europäischen Partnern zu vertiefen und zu stärken. In einer Zeit, in der internationale Kooperation immer wichtiger wird, setzt Basel damit ein klares Zeichen für eine engere Verflechtung mit Europa.
- 2022: von der "Europäischen Bewegung Schweiz, Sektion Basel" als Antwort auf den INSTA Abbruch lanciert (institutionellen Rahmenabkommen)
- DREYECKLAND
- · getragen wird die Initiative von einem breit abgestützten Komitee.
 - 2024: BS mit 3216 Unterschriften eingereicht. Abstimmung spätestens am 10.10.25 BL mit 1772 eingereicht, erforderlich 1500.
 - wird voraussichtlich zur Abstimmung in BL gelangen.

Verfassungsergänzung:

Neu (2 oder 3): "Der Kanton setzt sich für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern ein"

Zämme in Europa







Position der Grünen Basel - Stadt

BASEL-STADT BRAUCHT EIN EU-ABKOMMEN

Wir wollen, dass sich das Dreiland weiterhin gemeinsam erfolgreich weiterentwickelt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Schweiz mit der Europäischen Union nicht nur verhandelt, sondern möglichst rasch ein neues Rahmenabkommen abschliesst. Das sichert die bestehenden bilateralen Abkommen für die Wirtschaft sowie den Zugang zu Horizon Europe, Erasmus+ und Creative Europe. Daneben braucht es auch in allen trinationalen Gremien und gegenüber dem Bund ein klares Bekenntnis zu einer trinationalen Siedlungs- und Verkehrsentwicklung.

aus der Wahlagenda 2024 unter dem Kapital "Dreiland"

Stromabkommen





EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Bundespräsidentin Viola Amherd freuen sich über den Abschluss der Verhandlungen.

bild: keystone

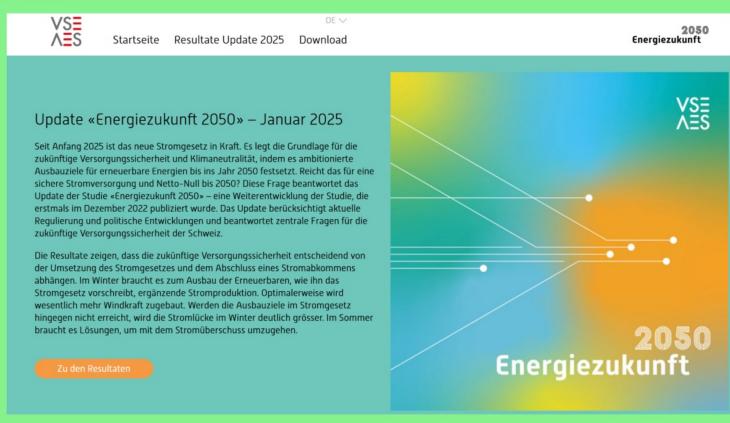
"Energiezukunft 2050": vSE update der Studie

Wir erinnern uns:

Juni 2024: Abstimmung über das Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien ("Energie-Mantelerlass"): 68,7% Ja

- * Ausbau der Stromproduktion mit erneuerbaren Quellen
- * Vereinfachte Genehmigungsverfahren

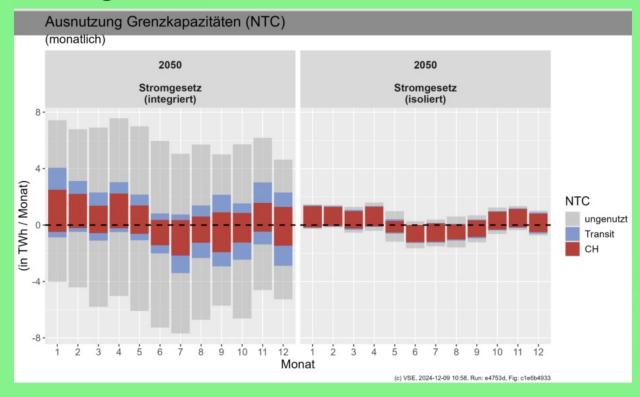




Warum braucht es ein Abkommen mit der EU zur Stromversorgung?

Es werden 2 Szenarien gegenübergestellt: Mit/Ohne Stromabkommen

"Grenzkapazitäten": maximale Übertragungskapazität von Elektrizität über Landesgrenzen



NTC (Net Transfer Capacity) =
maximale grenzüberschreitende
Übertragungskapazität von Strom
Positive Werte = Netto-Export,
negative = Netto-Import

integriertes Szenario 2050: selbst im Winter Exporteur.

Z.B. durch neue Produktion, Speicher oder Marktmechanismen

Ohne Stromabkommen

- potenziell in Europa verfügbare Kapazitäten bleiben ungenutzt:
 - Versorgungslücken
 - höhere Kosten
 - Energiewende gefährdet
 - Netzstabilität eingeschränkt

Wo sind die Grünen?

Einschätzung von Chat-GPT zur Position der Grünen Schweiz zum Papier des Verbands Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen, Ende Mai 2025

"Obwohl keine direkte Stellungnahme der GRÜNEN zum VSE-Papier vorliegt, lässt ihre energiepolitische Ausrichtung vermuten, dass sie dessen Ziele hinsichtlich des Ausbaus erneuerbarer Energien und der Zusammenarbeit mit der EU grundsätzlich unterstützen würden. Gleichzeitig würden sie jedoch Vorschläge ablehnen, die den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken oder den Einsatz fossiler Übergangstechnologien vorsehen. Die GRÜNEN betonen die Notwendigkeit einer konsequenten, nachhaltigen und sozialverträglichen Energiewende, die auf 100% erneuerbaren Energien basiert."

Lernen voneinander

Atomausstieg: Engagiere dich! https://nwa-schweiz.ch/3068/



Windenergie: Werde Mitglied bei Pro Wind

https://www.prowind-nwch.ch/

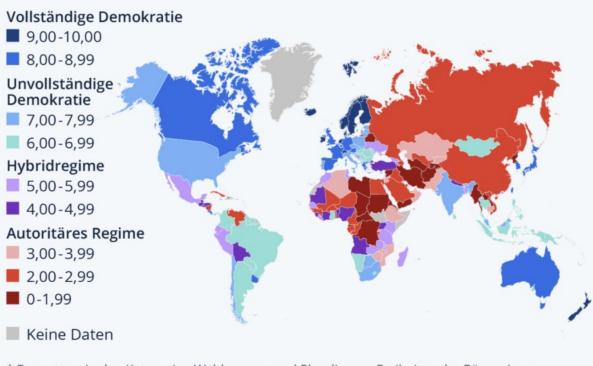


Engagiere dich

Demokratie

Der Stand der Demokratie

Grad der Demokratie in Ländern weltweit (Democracy Index) 2023*





Quelle: The Economist Intelligence Unit







Vision: Dreyeckland

"Mir keije mol d Gränze über de Hüfe und danze drum erum" François Brumpt 1976



Ganz aktuell: 04.06.2025

NACHRICHTEN

Regierungsrat gegen Europa-Initiative

Baselbiet | Der Regierungsrat des Kantons Baselland spricht sich gegen die Initiative «Zämme in Europa» aus und empfiehlt diese dem Stimmvolk ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung. Die Basler Regierung hatte sich für die Initiative ausgesprochen. Wie die Baselbieter Regierung am Mittwoch mitteilte, sind aus ihrer Sicht die auswärtigen Angelegenheiten und somit die Beziehungen zum Ausland Sache des Bundes und in der Bundesgesetzgebung klar geregelt. Auf Bundesund Kantonsebene gebe es genügend Grundlagen, um die Beziehungen zum Ausland und zur EU gut und erfolgreich zu gestalten, hiess es weiter. Somit ist die Baselbieter Regierung anderer Meinung als Basel-Stadt: Die Basler Regierung sprach sich im Februar für die Initiative «Zämme in Europa» aus. Die Initiative der Europäischen Bewegung Schweiz will in der Kantonsverfassung festschreiben, dass sich der Kanton nach dem gescheiterten Rahmenabkommen von 2021 für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der EU und den Nachbarländern

Volkestimme 5.6.2025

SWI swissinfo.ch

The Swiss voice in the world since 1935



▲ Keystone-SDA

Die Baselbieter Regierung spricht sich gegen die Initiative "Zämme in Europa" aus und empfiehlt diese dem Stimmvolk ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung. Die Basler Regierung hatte sich für die Initiative ausgesprochen.

04. Juni 2025 - 10:25

(5) 1 Minute

(Keystone-SDA) Wie die Baselbieter Regierung am Mittwoch mitteilte, sind aus ihrer Sicht die auswärtigen Angelegenheiten und somit die Beziehungen zum Ausland Sache des Bundes und in der Bundesgesetzgebung klar geregelt.

Auf Bundes- und Kantonsebene gebe es genügend Grundlagen, um die Beziehungen zum Ausland und zur Europäischen Union gut und erfolgreich zu gestalten, hiess es weiter. umso mehr gilt:

JETZT AKTIV WERDEN für Europa!

Dialog

- Welche Fragen stellen sich uns?
- Welche Bedeutung hat die europäische Integration für grüne Politik?
- . ?

Gerne stehe ich euch für Anregungen, Fragen zur Verfügung: Thomas Reinhardt, treinhardt@corvus-opera.ch



Foto von Joel Sames